

Schutzhaft wegen „staatsfeindlicher Einstellung“

Teil 4 der SPD-Serie: Das Jahr 1933 in Obernkirchen / Sozialdemokraten unter Überwachung

Obernkirchen. Am 12. März 1933 haben in Preußen die Kommunalwahlen anstanden. In Obernkirchen gab es drei Vereinigungen zur Auswahl – die Nationale Liste, ein Zusammenschluss sämtlicher bürgerlicher und rechter Parteien, die SPD und die KPD. Die Nationale Liste erhielt 1091 Stimmen und sieben Sitze, die SPD 983 Stimmen und sechs Sitze, die KPD 325 Stimmen und zwei Sitze. Die Nationale Liste war weniger ein bürgerlicher als ein rechtsradikaler, antidemokratischer Zusammenschluss – die Parole „Alle zusammen gegen SPD und KPD“ führte dazu, dass sich als einzige Alternative zu den linken Parteien eine Liste zur Wahl stellte, deren Mitglieder offen das Ende der Republik forderten.

Zwei Wochen nach der Wahl fühlten sich die Nationalsozialisten in Obernkirchen stark genug, gegen jedes Recht und Gesetz die städtischen Wahlämter zu übernehmen. Der NSDAP-Ortsgruppenleiter und Dentist Erich Buchholz forderte Bürgermeister Henkelmann ultimativ auf, den Magistrat zu entlassen, „um die öffentliche Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten. Ich bin nicht in der Lage, für die Sicherheit der Genannten einzutreten“. Noch am selben Tag beurlaubte Henkelmann die SPD-Mitglieder Karl Heckermann (im Magistrat seit 1919), Fritz Scheuermann (seit 1924), Friedrich Deppe (seit 1929) und Heinrich Behme (Beigeordneter seit 1924). Zwei Jahre zuvor waren diese Männer noch seine Parteigenossen. Zwei Tage später wählen die sieben Stadtverordneten der Nationalen Liste Erich Buchholz und dessen Stellvertreter, den Korbmacher Friedrich Möller, zu neuen Magistratsmitgliedern. Doch bei der Wahl war die gesamte Opposition und damit die Mehrheit der Ratsherren nicht anwesend, was die Wahl unzulässig machte. Sie wurde annulliert.

Am 7. April 1933 wurden Heinrich Behme, Willi Hormann, Friedrich Bartels und acht Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen; der Grund: „Staatsfeindliche Einstellung“. Verantwortlich für die Ausführung war der Mann, den sie einst in sein Amt wählten, Bürgermeister Henkelmann, „als Ortpolizeibehörde“. Hormann und Bartels blieben bis zum 1. August in Haft – fast vier Monate.

Zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 18. April erschienen von der SPD lediglich zwei Ratsherren, sicher nicht freiwillig. Denn damit war die Neuwahl des Magistrats rechtens, ebenso die Wahl von Vorsteher, Schriftführer und Stellvertreter – sämtlich Mitglieder der Nationalen Liste. Der Rat der Stadt war nun kein demokratisches Gremium mehr.

Im Juni 1933 übernahm der pensionierte Altbürgermeister Richard Herzog kommissarisch die Amtsgeschäfte des beurlaubten Henkelmann. Zuvor hatte dieser noch versucht, sich der neuen Zeit anzupassen, als er zum Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April die Stadtverordneten zu einer Festsetzung einlud, bei der beschlossen wurde, dem Reichskanzler die erste Ehrenbürgerschaft Obernkirchens überhaupt anzudienen. Doch vergebens, denn ein Mitglied der SPD wollten die Nationalsozialisten nicht akzeptieren, nicht einmal ein ehemaliges.

Am 10. Juli 1933 wurden die ehemals führenden Sozialdemokraten dazu verpflichtet, sich täglich bei der Ortpolizeibehörde zu melden. „Die Interessen des neuen Staates der nationalen Erhebung gebieten es, über Ihr ferneres Verhalten in politischer Hinsicht eine Kontrolle auszuüben“, so lasen es die Betroffenen in Herzogs Anschreiben. Empfänger waren unter anderem Herzogs ehemaliger ungeliebter Beigeordneter Heinrich Behme und das frühere Magistratsmitglied Karl Heckermann – Menschen, mit denen Herzog noch kurz zuvor zusammengearbeitet hatte. Florian Heidtmann